

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 04/2012

26. Februar 2012

GEW Sachsen: Rolle rückwärts nach vorn?! Bildungsgewerkschaft kritisiert Personalpolitik im Hochschulbereich

Als weiteres Beispiel für eine Personalpolitik im Tollhaus bewertet die sächsische Bildungsgewerkschaft GEW die aktuellen Ankündigungen von Wissenschaftsministerin Schorlemer zur personellen Ausstattung der sächsischen Hochschulen angesichts wachsender Studierendenzahlen.

Marco Unger, stellv. Landesvorsitzender für Hochschule und Forschung:

„Die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichem Personalbedarf und dem vom Ministerpräsidenten vorgegebenen Stellenabbauziel bis 2020 wird im Bildungsbereich immer offensichtlicher. Wie schon im Schulbereich zeigt sich nun auch im Hochschulbereich, dass die Realitäten andere sind als die Planspiele der Rechenkünstler in der Staatsregierung. Die Reaktionen der jeweiligen Fachminister zur Lösung der Personalprobleme sind zunehmend unverständlicher. Statt klare Ansagen zum tatsächlichen Bedarf zu machen, versuchen Herr Prof. Wöller und Frau Prof. Schorlemer, mit einer Rolle rückwärts voran zu kommen. Mit alten Instrumenten löst man aber keine neuen Probleme. Die Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen ist – ebenso wie schulische Angebote auf Honorarbasis - bei zunehmendem Mangel an akademischen Fachkräften der falsche Lösungsansatz.“

Obwohl sich das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bei der Zahl der Studierenden deutlich verschätzt hat, hält die Ministerin an den auf anderer Grundlage geplanten Stellenkürzungen fest und beugt sich damit den unrealistischen Zielvorgaben des Ministerpräsidenten und des Finanzministers. Die mehr als offensichtlichen Personallücken will sie durch befristete Einstellungen stopfen und das zunehmend in die Kritik geratene Befristungsunwesen an den Hochschulen weiter vorantreiben. Gerade in der akademischen Lehre, die sie gleichzeitig stärken will, ist das nach Auffassung der GEW der falsche Weg. Das Gleiche gilt für die von der Ministerin angekündigten wieder stärkeren Beschränkungen des Zugangs zu Studiengängen. Völlig unklar bleibt bei einer solchen Politik auch, wie die Hochschulen die politischen Vorgaben zur Lehrerausbildung erfüllen sollen, die der Koalitionsausschuss erst kürzlich in seinem „Bildungspaket Sachsen 2020“ formuliert hat.

„Hat das Wissenschaftsministerium noch im vergangenen Jahr mit viel Geld Studierende angeworben, so sollen ab diesem Wintersemester die Studiengänge wieder beschränkt werden. Dieses Jahr jährt sich das Verfassungsgerichtsurteil zu Zulassungsbeschränkungen an Hochschulen zum 40. mal, welches attestiert, dass diese Beschränkungen sich am Verfassungsrand befinden. Erst mit viel Geld und großen Kampagnen für ein Studium in Sachsen zu werben und sich nun wieder an den Rand der Verfassungsmäßigkeit zu begeben, ist ein weiteres Beispiel für eine Politik der Konzeptlosigkeit und der fehlenden hochschulpolitischen Weitsicht“, so der stellvertretende GEW-Landesvorsitzende.

Nachfragen möglich unter 0160 – 2103 888 (Herr Unger)